

Ein Dachverband für alle Juden?

Yves Kugelmann, 3. November 2017

Der Präsident des Schweizerischen Israelischen Gemeindebunds, Herbert Winter, im Gespräch mit tachles, über die Ausrichtung seines Verbands, über politische Arbeit und die laufende Debatte um Sicherheit.



Herbert Winter wäre froh, wenn der SIG als Dachverband alle jüdischen Menschen in der Schweiz vertreten würde. Einen Plan dafür hat er allerdings noch nicht.

tachles: An der Delegiertenversammlung (DV) im Mai wünschten Sie, dass ein Dachverband alle jüdischen Menschen in der Schweiz vertreten würde. Haben Sie den Worten auch programmatische Taten folgen lassen?

Herbert Winter: Ich wäre froh, es würde umgesetzt, und zwar für wirklich alle Gemeinden. Als Präsident kann ich aber nicht einfach über die Aufnahme von Gemeinden entscheiden, das lassen die Statuten nicht zu. Ich kann aber Gespräche führen, Meinungen sondieren, und das tue ich auch.

Wenn viele Vorbedingungen gestellt werden, dürfte es schwierig werden, und die Zweidrittelklausel in den Statuten hat schon den Antrag der liberalen Gemeinden um Aufnahme im Jahre 2004 verhindert. Haben Sie andere Lösungen?

Die Statuten sehen vor, dass Gemeinden, die Mitglied beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) werden wollen, dazu einen Antrag stellen müssen. Es wäre aber schön, wenn sie aus einer DV heraus dazu eingeladen würden. Nach der gemachten Erfahrung würden sich gerade die Liberalen ja wünschen, dass man auf sie zugeht.

Dabei geht es ja auch um die Position des SIG selbst, der nur eine gewisse Prozentzahl der Juden vertritt, aber auf Bundesebene doch für alle sprechen muss, beziehungsweise möchte.

Ich meine, dass mit unserer derzeitigen Arbeit auch die Anliegen und Interessen jener durch uns vertreten sind, die nicht im Verband sind.

Mit der CICAD (Coordination Intercommunautaire Contre l'Antisémitisme et la Diffamation) gab es jüngst Friktionen. Die Organisation hat einen Vertretungsanspruch, der aus der Sicht des SIG nicht immer ohne Grenzüberschreitung verläuft, richtig?

Wir haben klargestellt, dass wir auf Bundesebene und für gesamtschweizerische politische Fragen zuständig sind, CICAD hingegen für die Prävention von Antisemitismus in der Romandie. Der Konflikt entstand, weil sie auch mit politischen Bundesbehörden Kontakte haben. Das sollte nicht sein, und CICAD anerkennt, dass wir der nationale Dachverband sind. Man kann sagen, dass wir wieder einen guten Draht zueinander haben.

Das Central Comité (CC) wurde verschlankt. Wie sehen Sie heute aus Sicht der Geschäftsleitung (GL) die Aufgaben dieses Gremiums?

Nach wie vor als ein kritisches Sounding Board für die Arbeit der GL. Das CC hat wichtige Kompetenzen wie das Budget zum Beispiel. Es gibt mittlerweile auch viel mehr Austausch zwischen CC und GL. Ich schätze das; es ist gut, zu hören, was die Gemeinden wollen.

Es wird derzeit auch an einem neuen Strategiepapier für den SIG gearbeitet.

Ja, wir haben unter fachmännischer Anleitung die fünf Haupthandlungsfelder des Verbands eingegrenzt und für diese gewisse Ziele gesetzt. Zu diesen Zielen sollten dann in einem dritten Schritt einzelne Massnahmen definiert werden samt Budget und personellen Ressourcen. Wir wollen die Sache strukturiert und professionell angehen.

Ist dies der Hintergrund dazu, dass der SIG aktiv per Stelleninserat eine Hilfskraft für politische Analyse oder anders gesagt einen Lobbyisten sucht?

Das stimmt so nicht, mit Lobbyismus hat die neue Stelle nichts zu tun. Was wir suchen ist eine Person, die die politischen Prozesse und Vorstösse sowie die Positionen der verschiedenen Exponenten zusammenträgt und für uns aufarbeitet. Wir wollen die politischen Geschäfte nachhaltig gestalten und schneller Position beziehen. Die neuangestellte Person wird nicht mit Politikern zu tun haben, jedoch die Antisemitismusbekämpfung und -prävention im Auge behalten und uns dort verstärken.

Waren Sie denn bisher mit Ihrer politischen Arbeit nicht zufrieden?

Doch. Wir wollen aber die politischen Geschäfte, die in letzter Zeit stark angewachsen sind, besser mitgestalten als bisher. Verbessern kann man sich immer.

Wäre es nicht besser, innerhalb des kleinen Betriebs jemanden zu haben, der dies beherrscht? Das müsste ja eigentlich eine Kernkompetenz eines Generalsekretärs sein.

Eben: Wir sind ein kleiner Betrieb. Aber die politische Arbeit ist unser Kerngeschäft, und da wollen wir uns verstärken. Der Generalsekretär ist zusammen mit mir sehr stark in die Kontakte mit Behörden und Politikern involviert. Wir haben in den letzten Jahren ein grosses politisches Netzwerk aufgebaut, das wir effektiv zu nutzen wissen. Aber dieses Netzwerk muss auch mit unseren Positionen bedient werden, und vor allem müssen wir noch schneller über die politischen Prozesse informiert werden. Dafür braucht es Mitarbeitende, die die Grundlagenarbeit machen, wie das in jedem politischen Verband gang und gäbe ist.

Hatte der Verlauf der Diskussion des Sicherheitsthemas einen Einfluss auf den Entscheid, Hilfe beizuziehen?

Nein, aber die Bandbreite der Themen und ihre Komplexität haben zugenommen, dafür braucht es gute politische Grundlagenarbeit und gleichzeitig haben der Generalsekretär und die Geschäftsstelle zusätzliche Arbeit auf der politischen und auf der kommunikativen Ebene übernommen – und dies bei einem gewissen Abbau der Kopfzahl über die letzten Jahre vor allem auf administrativem Gebiet.

In der Öffentlichkeit geben Sie sich jeweils optimistisch in Sachen Unterstützung zum Schutze der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz.

Ja, die Entwicklung ist eigentlich positiv; noch vor einem Jahr meinte der Bundesrat, dass die jüdische Gemeinschaft ihre Sicherheitskosten selber tragen müssten. Da hat beim Thema Sicherheit ein Umdenken stattgefunden.

Kantone unterstützen den Schutz jüdischer Gemeinde aber schon länger. Sie wollen ja konkret finanzielle Unterstützung. Bis jetzt läuft das eher harzig.

Der Bund liess kürzlich erstmals verlauten, dass der Schutz der jüdischen Einrichtungen eine Angelegenheit von nationaler Tragweite sei und dass er sich eine finanzielle Beteiligung vorstellen könne. Das ist ganz zentral und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es gibt ja jetzt eine Arbeitsgruppe, in der wir vertreten sind. Das Thema wird angepackt, wobei es uns nicht nur ums Geld geht, sondern ganz generell um mehr Schutz seitens des Staates für bedrohte Minderheiten.

In letzter Zeit lieferten Vorfälle wie die Notiz an jüdische Gäste in Arosa oder die Aussagen von Jonas Fricker kommunikative Anstösse, wobei die teils sich selbst widersprechenden Aussagen des SIG schwierig zu verstehen waren. In Arosa wollte der SIG rechtliche Schritte einleiten und machte dann eine Kehrtwendung. Bei Fricker besänftigte der SIG kurz nach der Rede.

Mit rechtlichen Schritten haben wir im Fall Arosa nicht gedroht. Wir haben gesagt, dass eine solche Notiz inakzeptabel sei und dass wir weitere Schritte prüfen wollten. Unsere Abklärungen haben aber ergeben, dass hinter dem unglücklichen Plakat kein Antisemitismus, sondern nur Ungeschicktheit steckte. Jonas Fricker hat sich sofort für seine Entgleisung entschuldigt. Wir haben die Entschuldigung angenommen, dabei aber darauf hingewiesen, dass die Banalisierung des Holocaust ein No-Go ist. Im Nachhinein ist man immer schlauer, würde manchmal vielleicht etwas diplomatischer oder weniger diplomatisch antworten.

Aber der SIG hat doch zu antisemitischen Fragen eine Grundsatzhaltung und führt doch stets ins Feld, eine Expertise zu haben. Da können doch kurzfristige Medienanfragen, die der SIG ja selbst aktiv sucht, nicht das Problem der Überforderung sein.

Mit Überforderung hat das nichts zu tun. Der SIG ist oft der erste Ansprechpartner für die Medien. Man nimmt uns ernst. Dazu kommt: Wir wollen nicht in einer skandalisierten Debatte instrumentalisiert werden und haben deshalb deeskalierend gewirkt.

Wo verläuft denn die Grenze zum Antisemitismus?

Das betrachten wir von Fall zu Fall. Die teils völlig überrissenen Positionen im Fall Arosa waren vor allem aus dem Ausland orchestriert.

Sie sprechen vom Büro des Simon Wiesenthal Center in Paris ...

Richtig. Darüber hinaus habe ich dem israelischen Botschafter in der Schweiz geschrieben, dass er bei seiner Regierung die Dinge in die richtige Relation rücken solle, nachdem eine Ministerin den Vorfall in Arosa medial aufgegriffen hat.

Schon früher haben Organisationen und offizielle Exponenten aus dem Ausland eine Dynamik in Schweizer Angelegenheiten gebracht, die herausfordernd waren. Bringen Sie sich da in internationalen jüdischen Organisationen genügend ein?

Wenn ausländische Organisationen wie im Fall Arosa übers Ziel hinausschiessen, versuche ich durchaus, nötige Korrekturen anzubringen. Und ich sitze zwar in der Exekutive des European Jewish Congress und des World Jewish Congress, doch wenn andere Organisationen sich übermässig in Schweizer Angelegenheiten einmischen wollen, kann ich diese deshalb auch nicht bremsen.

Im Sommer führte der SIG eine Veranstaltung aus Anlass der 120 Jahre seit dem erster Zionistenkongress in Basel durch. Ist das eine Kehrtwende, nachdem der SIG Israel jeweils nicht thematisieren wollte?

Der Kongress war auch für Juden in der Schweiz von zentraler Bedeutung bezüglich der Gründung einer jüdischen Heimstätte. Wo wir uns hingegen nicht einmischen, ist das politische Alltagsgeschäft.

Muss man nicht auch B zu den aktuellen Themen sagen, wenn man A zu den historischen gesagt hat?

Nicht unbedingt, nein. Für die Geschichte des jüdischen Volks ist die Gründung des Staates Israel ein zentrales Ereignis. Also ist es für uns logisch, zu thematisieren, dass Basel der Ort ist, wo der Gedanke zur Gründung Israels Form angenommen hat, und dies als positives Ereignis würdigen.

Wenn es aber etwa um politische und religiöse Gleichberechtigung von Minderheiten, Frauenrechte oder religiöse und kulturelle Themen rund um Israel, verfassungsmässige Grundrechte aller geht – schweigt der SIG dann?

Gewisse politische und juristische Entwicklungen in Israel – Achtung vor dem Rechtsstaat, Toleranz, Gleichberechtigung aller Bürger, religiöser Friede etc. – betrachten wir ja durchaus mit Sorge und erlauben uns auch, dem Ausdruck zu geben. Das sind für Juden in der ganzen Welt Themen.

Müsste man als SIG, World und European Jewish Congress dann angesichts der starken antisemitischen Haltung in Ungarn nicht auch eine Haltung äussern, wenn Binyamin Netanyahu mit Victor Orbán freundschaftliche Kontakte aufnimmt oder eine Allianz mit der neuen österreichischen Regierung eingeht? Da prallen doch israelische pragmatische und die Interessen einer jüdischen Gemeinschaft frontal aufeinander.

WJC-Präsident Ronald Lauder und EJC-Präsident Moshe Kantor haben sich klar und deutlich dazu geäussert, die beiden Verbände vertreten ja auch den SIG. Und ich habe unsere Bedenken in Gesprächen mit Diplomaten – israelischen, ungarischen, österreichischen – eingebracht.

Für eine allgemeine Öffentlichkeit ist es doch kaum nachvollziehbar, wenn aus Fällen wie in Arosa eine derartige Debatte entsteht, eine antisemitische Kampagne Orbáns gegen Juden nicht öffentlich thematisiert wird.

Wir beschäftigen uns mit Rassismus und Antisemitismus in der Schweiz. In anderen Ländern betrachten wir dies als Aufgabe der lokalen Verbände oder des European oder World Jewish Congress, die sich immer klar äussern. Persönliche, informelle Interventionen in Gesprächen, die es durchaus auch gibt, werden in der Tat meist nicht öffentlich.

Im November werden die ersten Gurlitt-Bilder in Bern öffentlich zugänglich. Diese sind stark mit dem Verdacht auf Raubkunst verbunden. Sie selbst sitzen in einer Expertenkommission ein und haben als SIG-Vertreter die Schenkung der Bilder an die Schweiz begrüsst. Importieren Sie da nicht ein Problem aus Deutschland, das historisch gerade auch in der Schweiz belastet ist?

Als SIG-Präsident wie auch persönlich bin ich davon überzeugt, dass die Übernahme der Kollektion durch das Berner Kunstmuseum die bessere Lösung ist, als wenn sie an die Familienerben gegangen wäre. Damit hätte man – vor allem aus dem Blickwinkel der Familien, die allenfalls Anspruch auf Bilder haben – nämlich weniger öffentliche Kontrolle über das weitere Geschehen gehabt. Mit dem Fortschritt der Provenienzarbeit, die primär jetzt noch in Deutschland gemacht wird, bin ich allerdings noch nicht sehr zufrieden. Aber irgendwann wird auch dies auf Bern übergehen, und dort wurde ich ja gebeten, im Beirat Provenienzforschung Einsitz zu nehmen, der auch schon ein erstes Mal zusammengekommen ist. Meine Hoffnung ist, dass das Kunstmuseum Bern nicht nur für die Gurlitt-Bilder, sondern für alle Kunstwerke in seiner Sammlung, die zwischen 1933 und 1945 die Hand geändert haben und ursprünglich aus Deutschland, Österreich oder den besetzten Gebieten kamen, eine seriöse Provenienzforschung durchführt. Was Gurlitt betrifft, waren im Vorfeld die Äusserungen des Museums ja sehr positiv: Kein Stück Raubgut kommt über unsere Schwelle. Das gibt Anlass zur Hoffnung, und für die nötigen Mittel gibt es private Spender und den Bund, der einen Beitrag leisten will. Ein mutiger Schritt vorwärts wäre gut auch für das Image der Schweiz.

Ronald Lauder hat die Schweiz für die Aufnahme der Gurlitt-Sammlung zuerst hart kritisiert.

Er hat aber später seine Position modifiziert.

Die Glaubwürdigkeit unserer jüdischen Organisationen in der Öffentlichkeit ist so oder so ein hohes Gut. Setzen wir diese nicht manchmal selbst fahrlässig aufs Spiel?

Wir haben um Ronald Lauders Haltung vor dem Anlass, an dem er hierzulande sprach, gewusst. Gerade in der Schweiz gibt es einige Leute, die Lauders Haltung völlig ablehnen, aber auch Fachleute, die sie begrüssen. Ich habe meine eigene Sichtweise, die der von Lauder teilweise widerspricht, an dem Anlass auch vorgebracht. Es ist doch gut, dass man eine solche Diskussion in der Schweiz an einem Anlass führen kann.

Die DV 2018 wird im April und nicht mehr zu Auffahrt ohne Eröffnungsabend stattfinden. Wann wollen Sie das Experiment für immer so umsetzen?

Wir haben die DV von 2016 als Eintagesanlass durchgeführt, weil für die Mitglieder unserer Gemeinden schon ein grosser Anlass zu den 150 Jahren Emanzipation stattfand. Deshalb haben wir den Vorabend weggelassen. Dieses Jahr fand die DV wieder im üblichen Rahmen statt, und 2018 werden wir uns wiederum auf einen Tag beschränken, weil es im Mai auch einen separaten Grossanlass zum Thema Dialog geben wird. Ein Entscheid, dass es künftig nur noch eintägige DVs gibt, wurde aber nicht gefällt. Es gibt dazu auch ganz unterschiedliche Meinungen.